



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT  
IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

KOLN-Bayenthal, den 23. August 1961.

Bayenthalgürtel 15  
Telephon: 38 14 41

Ref.: G.41.04. - BI/gw

IR	SR				
Bezug	28.8.61/1				2/1
Visa	17				
EPD	26.8.61	11			
Ref.	M.B. 73.A.O.				Wite

An die Abteilung für Politische Angelegenheiten  
des Eidgenössischen Politischen Departements

B e r n

Bundesrepublik und  
Berlinkrise

Herr Generalsekretär,

Es ist nicht einfach, zehn Tage nach den unerwarteten Ereignissen in Berlin die Stimmung in der Bundesrepublik, soweit sie von hier aus beurteilt werden kann, zu schildern. Vor allem fallen einem allerdings zwei Dinge auf: das geringe Interesse der Bevölkerung an den Geschehnissen und die Haltung der Regierungspartei CDU/CSU, die offenbar nicht gewillt ist, zwischen Berlinkrise und Wahlkampf einen deutlichen Trennungsstrich zu ziehen.

Was die Reaktion der Bevölkerung in Köln und Bonn auf Ulbrichts Panzer am Brandenburger Tor betrifft, so ist es schwer verständlich, dass bis heute überhaupt keine öffentliche Kundgebung stattgefunden hat - weder parteimässig noch überparteilich organisiert - noch von einer solchen gesprochen wird. Die Studenten der beiden grossen Universitäten Köln und Bonn haben sich überhaupt nicht gerührt. Von einer einhelligen, ehrlichen Empörung, wie man sie in der Schweiz 1956 beim Ungarnaufstand spürte, war nichts zu merken. Gefühle der Enttäuschung über das Verhalten der Westmächte, wie sie in Berlin stark zum Ausdruck kamen, machten sich hier beim Grossteil der Bevölkerung kaum be-



merkbar. Den "Mann auf der Strasse" interessiert das Problem "DDR und Berlin" offensichtlich wenig. Mitgefühl für die Preussen, unter deren früherer Herrschaft sich die Kölner nie glücklich gefühlt hatten, scheint nur schwer aufkommen zu können. Bezeichnend ist, dass sich letzte Woche, nach den Berliner Ereignissen, die Leitung der grossen Jugendherberge in Bonn entrüstet weigerte, ihre Räume vorübergehend Flüchtlingen aus der Sowjetzone zur Verfügung zu stellen. Krass drückte sich ein Journalist aus, der erklärte, dass sich gewisse Deutsche in der Bundesrepublik für die Flüchtlinge nur als mögliche Kandidaten für Dienstmädchenstellen und als Unterzeichner für Abzahlungsverträge interessierten. Die kürzliche Behauptung eines Franzosen, dass für den Bundesdeutschen heute nur sein Gehalt, sein Arbeitsplatz und seine Ferien wichtig seien, passt in das Bild der politischen Apathie. Das alles will jedoch nicht sagen, dass die Bevölkerung die Ereignisse in Berlin nicht mit Besorgnis verfolgen würde - Besorgnis allerdings mehr für das eigene, nach den harten Prüfungen des letzten Krieges eventuell neuerdings gefährdete Schicksal, nicht dagegen für dasjenige der Anderen.

Die Einstellung der Bevölkerung ist zum Teil entschuldbar, wenn man sieht, wie auch die für die Regierung verantwortlichen Politiker nicht aus ihrer Parteihaut schlüpfen können. Ich habe Ihnen letzte Woche schon berichtet, wie Adenauer persönliche Angriffe gegen "Brandt alias Frahm" nicht unterlassen kann. Politische Beobachter glauben, dass er seiner Partei damit schadet, da Brandt sich seit Beginn der Berlinkrise ihrer Auffassung nach ausgezeichnet bewährt hätte. Dass der regierende Bürgermeister von Berlin, gleichzeitig als Bundeskanzlerkandidat der Sozialdemokraten, durch die Geschehnisse des 13. August in den Blickpunkt der Welt gerückt ist, praktisch tagtäglich in der Presse, im Radio und Fernsehen zu Worte kommt, von der Berliner Bevölkerung mit Vizepräsident Johnson und General Clay zusammen stürmisch bejubelt wurde, stellt natürlich eine äusserst wertvolle (und dazu kostenlose!) Wahlpropaganda dar, die Adenauer offensichtlich schwer zu schaffen gibt. So ergab sich das wenig würdevolle Schauspiel, dass Regierungs-



partei und Opposition jede für sich in Anspruch nahm, die Idee des Johnson-Besuches gehabt zu haben; Pressechef Salinger in Washington sah sich zur Erklärung genötigt, dass die Idee aus dem Weissen Haus stamme. Ausserdem werfen die Sozialdemokraten Adenauer vor, er hätte Kennedy beeinflussen wollen, den Brief Brandts, dessen Existenz er zu seinem Aerger erst durch seinen Botschafter in Washington vernahm, überhaupt nicht zu beantworten, was von Brentano lebhaft bestritt. Auffallend und bedauerlich war ferner, dass die bundesdeutschen Radiosender die sehr eindrucksvolle Reportage über den Empfang von Vizepräsident Johnson und General Clay durch die Bevölkerung und den Senat Berlins nicht übertrugen. Nachdem Johnson offenbar sehr bewusst nicht in Begleitung Adenauers nach Berlin fliegen wollte, wurde in der Bundesrepublik wahrscheinlich befürchtet, dass die Uebertragung Brandt einmal mehr allzustark den Wählern näherbringen könnte. Beiderseits sucht man aus der Berlinkrise wahlpolitische Vorteile zu erlangen und geschickte Schachzüge des Gegners so rasch als möglich durch Gegenzüge wettzuschlagen. Welchen Erfolg die Parteien mit diesem Vorgehen haben werden, wird sich am kommenden 17. September zeigen.

Kopie dieses Schreibens geht an die Schweizerische Delegation in Berlin.

Ich versichere Sie, Herr Generalsekretär, meiner vorzüglichen Hochachtung.

DER SCHWEIZERISCHE GESCHAFTSTRAEGER a.i.

